



Mehr Freiraum für Unternehmen

IHK-Unternehmensbarometer 2025

 **GemeinsamWirtschaftStärken**



Inhalt

| | |
|---|----|
| Die wesentlichen Ergebnisse..... | 3 |
| Wettbewerbsfähigkeit des Standorts unter Druck..... | 4 |
| Prioritäten für die neue Bundesregierung: Bürokratieabbau und Kosten senken | 7 |
| Standpunkte der Unternehmen zu ausgewählten Themen..... | 11 |
| Aktuelle Gestaltung der Energiewende senkt Wettbewerbsfähigkeit..... | 11 |
| Wirtschaftliche Offenheit bewahren – Internationale Kooperation stärken | 12 |
| Investitionsspielräume der Unternehmen nicht durch eine Besteuerung der Substanz beschneiden..... | 13 |
| Vorfahrt für Investitionen in den öffentlichen Haushalten gewährleisten | 14 |
| Statistischer Anhang..... | 15 |
| Fragebogen..... | 18 |
| Methodik..... | 19 |

Impressum

Ansprechpartner in der DIHK:

Dr. Jupp Zenzen
Zenzen.jupp@dihk.de

© Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) | Berlin | Brüssel

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Postanschrift: 11052 Berlin |
Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon: 030 20308-0

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Dr. Jupp Zenzen

Grafik: Sebastian Titze, DIHK

Stand: Februar 2025

Die wesentlichen Ergebnisse

Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland

Für die Unternehmen ist der Standort Deutschland nur noch bedingt wettbewerbsfähig. In vielen Bereichen hat die Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren stark gelitten. Besonders mit Blick auf wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und Kosten sehen

- 89 Prozent der Unternehmen in der **Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik**,
- 87 Prozent der Unternehmen bei **Bürokratie und Auflagen** und
- 65 Prozent in der Qualität der **Verwaltung**

eine Verschlechterung oder deutliche Verschlechterung im Vergleich zur letzten Bundestagswahl. Bei den **Kosten für Gas und Strom** bewerten jeweils 82 Prozent die Wettbewerbsposition als niedriger ein als noch vor vier Jahren, bei den **Arbeitskosten** sind es sogar 84 Prozent.

Prioritäten für die kommenden Bundesregierung

Die wichtigsten Prioritäten für die kommende Bundesregierung sehen Unternehmen im

- **Bürokratieabbau** (95 Prozent), in der
- **Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren** (70 Prozent) und einer
- **Beschleunigung und Digitalisierung von Verwaltungsleistungen** (69 Prozent).

Dringend notwendig sind zudem Entlastungen, sowohl bei den

- **Unternehmenssteuern** (60 Prozent) als auch bei den
- **Sozialabgaben** (63 Prozent).

Der **Ausbau der Infrastruktur**, sowohl digital (58 Prozent) als auch im Verkehr (56 Prozent), sollte ebenfalls weit oben auf der Agenda der kommenden Bundesregierung stehen.

Standpunkte der Unternehmen zu ausgewählten Themen

- 81 % der Unternehmen wünschen sich einen verstärkten Einsatz der Bundesregierung für Handelsabkommen der EU.
- Bei 65 % der Betriebe hat aktuelle Gestaltung der Energiewende zu Mehrkosten im Betrieb geführt und damit die eigene Wettbewerbsfähigkeit gesenkt (in der Industrie: 73 %).
- Für 64 % der Unternehmen wäre eine weitere Erhöhung von Substanzsteuern schädlich oder sogar bestandsgefährdend.

Zur Sicherung von Wohlstand und Wachstum und für die Transformation der Wirtschaft sind in den nächsten Jahren zusätzliche öffentliche Investitionen in großem Umfang notwendig:

- Zwei Drittel der Unternehmen (67 %) sind der Meinung, dass die Finanzierung vornehmlich über Einsparungen in den öffentlichen Haushalten an anderer Stelle vorgenommen werden sollte.
- Bei der Aussage „Zur Finanzierung sollte der Kreditspielraum der öffentlichen Haushalte erheblich erweitert werden.“ sind die Unternehmen geteilter Meinung: 37 % stimmen dieser Aussage überwiegend zu. 41 % lehnen die Aussage überwiegend ab (22 % sind neutral).

Wettbewerbsfähigkeit des Standorts unter Druck

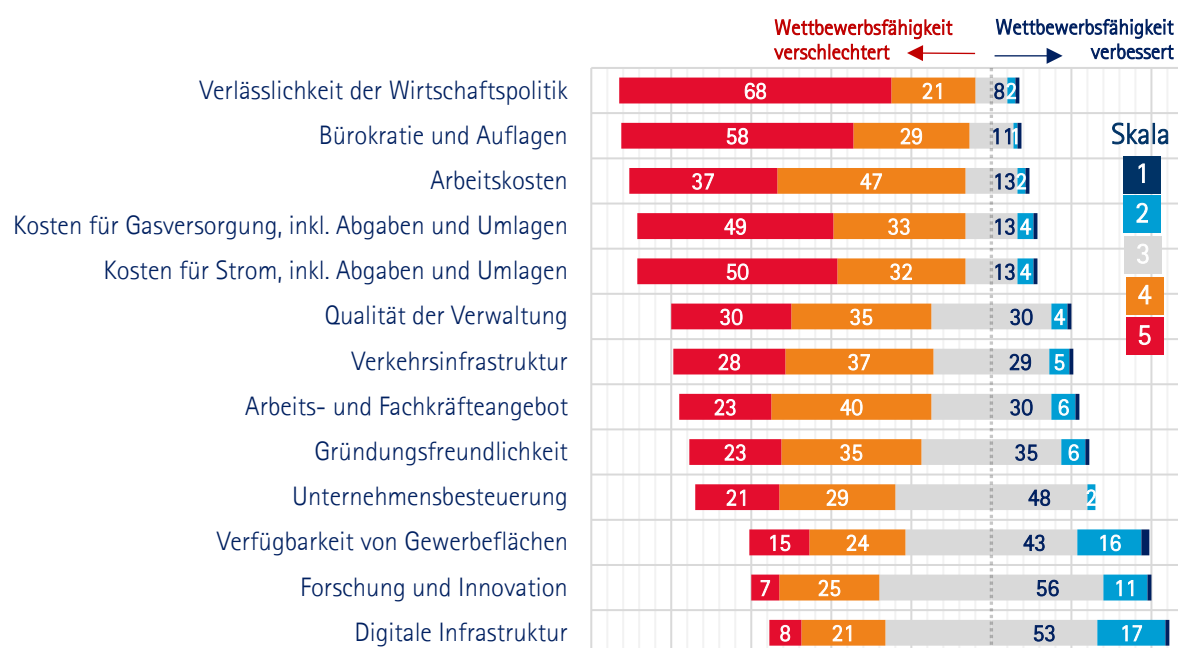
Für die Unternehmen ist der Standort Deutschland nur noch bedingt wettbewerbsfähig. In vielen Bereich hat die Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren stark gelitten. Eine deutliche Verschlechterung diagnostizieren die Betriebe z.B. bei der Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik, der Bürokratie und der Qualität der Verwaltung. Zudem steht die Wirtschaft auch kostenseitig unter Druck: Hohe Arbeits- und Energiekosten bremsen die Unternehmen aus.

Eine große Mehrheit der Betriebe sieht eine gesunkene Wettbewerbsfähigkeit besonders bei der **Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik**. Für fast neun von zehn Unternehmen (89 Prozent) hat sich die Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert oder sogar sehr verschlechtert. Anhaltend hohe Bürokratie- und Energie- und Arbeitskosten sowie das Ausbleiben einer Steuerreform belasten die Unternehmen am Standort Deutschland. Das hemmt die Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft und kostet Deutschland Wachstum, Arbeitsplätze und damit auch Steuereinnahmen.

Das Thema **Bürokratie und Auflagen** bewegt die Betriebe seit Jahren. Nach Einschätzung der Betriebe ist die Wettbewerbsfähigkeit hier in den letzten vier Jahren deutlich gesunken. 87 Prozent der Unternehmen sehen eine Verschlechterung, nur eine schwindende Minderheit von insgesamt drei Prozent sieht eine Verbesserung. Angesichts der Belastungen, die die Bürokratie verursacht, ist das wenig überraschend. So schätzt der Nationale Normenkontrollrat die jährlichen Bürokratiekosten allein in der Wirtschaft auf 67 Milliarden Euro. In der vergangenen Legislaturperiode haben Bundesregierung und Bundestag die Wirtschaft zwar um etwa drei Milliarden Euro entlastet, aber gleichzeitig sind viele neue Pflichten entstanden, die ihren Ursprung vor allem in Brüssel haben. Beispielsweise verursachen Regelungen wie die Nachhaltigkeitsberichterstattung oder die EU-Lieferkettenrichtlinie neue Kosten, die in Summe die aktuellen Entlastungen aus Sicht der Unternehmen überkompensieren. Eine Trendwende hin zu einer allgemeinen Entbürokratisierung nehmen die Unternehmen nicht wahr. Dabei ist z.B. noch nicht einmal gut belegt, welchen Beitrag die Berichts- und Nachweispflichten bei der Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft überhaupt leisten. Fest steht aber, dass die Vorgaben in den Betrieben in erheblichem Umfang Ressourcen binden, die Betriebe sinnvoller für Innovationen und Investitionen einsetzen könnten.

Wie hat sich die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland in folgenden Bereichen im Vergleich zum Herbst des Coronajahres 2021 verändert?

Skala von 1 bis 5: 1 = Wettbewerbsfähigkeit hat sich sehr verbessert bis 5 = Wettbewerbsfähigkeit hat sich sehr verschlechtert, Angaben in Prozent



Kräftige Lohnsteigerungen, aber auch steigende Beiträge zu den Sozialversicherungen lassen die **Arbeitskosten** weiter steigen. Mehr als vier von fünf Betriebe (82 Prozent) sehen die Wettbewerbsfähigkeit hier schlechter als noch vor vier Jahren. Die Arbeitskosten werden zunehmend zu einem Problem für die Betriebe. In der [DIHK-Konjunkturumfrage](#) zum Jahresbeginn gibt mehr als jedes zweite Unternehmen (56 Prozent) Arbeitskosten als Geschäftsrisiko an, so viel wie noch nie zuvor in der Erhebung. Gerade bei der schwachen Produktivitätsentwicklung in Deutschland stellen steigende Arbeitskosten eine Hürde im internationalen Wettbewerb dar. Darüber hinaus erschweren sie es den Betrieben, auch bei fehlenden Aufträgen an Arbeits- und Fachkräften festzuhalten, die sie bei wieder anziehender Konjunktur dringend brauchen. Ebenso sinkt die Einstellungsbereitschaft von Arbeitslosen, was den Abbau der Arbeitslosigkeit erschwert.

Obwohl die Börsenstrompreise im vergangenen Jahr leicht gefallen sind, befinden sich die Strom- und Gaskosten für Unternehmen weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Jeweils etwa vier von fünf (82 Prozent) Unternehmen schätzen die Wettbewerbsfähigkeit sowohl der **Kosten für Strom, inkl. Abgaben und Umlagen** als auch der **Kosten für Gasversorgung, inkl. Abgaben und Umlagen** niedriger ein als noch vor vier Jahren. Die Energiepreise in Deutschland zählen zu den höchsten weltweit: Gaspreise sind bis zu siebenmal, Strompreise bis zu fünfmal so hoch wie in anderen Industrieländern. Damit ist der Wirtschaftsstandort Deutschland mit Blick auf die Energiekosten weder europaweit noch global konkurrenzfähig.

Auch bei der **Qualität der Verwaltung** spüren die Unternehmen eine gesunkene Wettbewerbsfähigkeit. Knapp zwei Drittel bewerten die Situation am Wirtschaftsstandort schlechter (65 Prozent). Nur fünf Prozent der Betriebe sehen hier eine Verbesserung seit 2021. Ein Grund dafür ist beispielsweise, dass Bund, Länder und Kommunen sich schwergetan haben, das Onlinezugangsgesetz umzusetzen. Dieses hatte sie zum digitalen Zugang zu allen Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 verpflichtet – ein Ziel, das nicht annähernd erreicht wurde. Entsprechend groß ist die Enttäuschung der Unternehmen.

Die **Verkehrsinfrastruktur** bewerten die Unternehmen noch deutlich schlechter als noch vor vier Jahren. Für Insgesamt 37 Prozent der Unternehmen ist die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts bei der Verkehrsinfrastruktur gesunken, für 28 Prozent hat sie sich sogar deutlich verschlechtert. Hier wird deutlich, dass die Maßnahmen der Politik längst noch nicht ausreichen und die Verkehrsinfrastruktur weiter verfällt. Brückensperrungen, der Einsturz der Carolabrücke in Dresden, Engpässe bei Straße und Schiene sowie veraltete Technik bei Schiene und Wasserstraße zeigen den dringenden Handlungsbedarf. Dies gilt für die Verkehrswege des Bundes, der Länder und der Kommunen gleichermaßen.

Die anhaltende wirtschaftliche Schwächephase schlägt sich auf dem Arbeitsmarkt nieder. Dennoch bleibt für viele Unternehmen der Fachkräftemangel ein erhebliches Problem. 63 Prozent der Unternehmen sehen eine verschlechterte Wettbewerbsposition mit Blick auf das **Arbeits- und Fachkräfteangebot**. Steigende Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig weiterhin hohen Fachkräfteengpässen stellen eine große Herausforderung dar. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – es scheiden jährlich rund 400.000 mehr Menschen altersbedingt aus dem Arbeitsmarkt aus als junge hinzukommen – kommt der Fachkräftesicherung auch künftig große Bedeutung zu.

Die **Gründungsfreundlichkeit** hat sich nach Einschätzung einer klaren Mehrheit der Unternehmen von 58 Prozent in den vergangenen vier Jahren verschlechtert. Dies äußert sich auch darin, dass sich bei den IHKs immer weniger Personen melden, die sich unternehmerisch engagieren wollen – sei es im Wege der Neugründung oder der Unternehmensnachfolge. Inzwischen übersteigt die Zahl der von den IHKs beratenen, zur Nachfolge anstehenden Unternehmen die Zahl der Interessentinnen und Interessenten hierfür um das Dreifache. Der Rückgang des Gründungsinteresses lässt sich nicht allen durch demografische Änderungen erklären. Neben der konjunkturellen Lage gibt es zahlreiche strukturelle Hemmnisse für das Unternehmertum, wie die hohe Regulierungsdichte sowie hohe Kosten, etwa für Energie und Fachkräfte, die zusätzlich zu den Unsicherheiten über das geschäftliche Umfeld die Bereitschaft zu unternehmerischem Engagement hemmen (DIHK-Reporte zur [Unternehmensgründung](#) und zur [Unternehmensnachfolge 2024](#)).

Deutschland gehört im OECD-Vergleich zu den Ländern mit der höchsten **Unternehmensbesteuerung**. Jedes zweite Unternehmen bewertet die Wettbewerbsfähigkeit bezüglich der Unternehmensbesteuerung als schlechter als noch vor vier Jahren. Während viele Wettbewerberstaaten in den vergangenen Jahren die Steuerbelastung für die Unternehmen gesenkt haben ist sie in Deutschland wegen der Anhebungen der Gewerbesteuerhebesätze durch viele Gemeinden gestiegen, vielerorts sogar auf über 30 Prozent. International geraten deutsche Unternehmen dadurch immer mehr ins Hintertreffen, denn der OECD-Schnitt liegt bei ca. 23 Prozent und der EU-Schnitt sogar nur bei etwa 21 Prozent Steuerbelastung.

Zahlreiche Räume erleben einen starken Zuzug mit der Folge, dass es kein Bauland mehr für Wohnen und Gewerbe gibt. Flächenkonkurrenzen und das Heranrücken von Wohnbebauung an Gewerbe- und Industriebetriebe nehmen zu und führen zu dauerhaften Einschränkungen von Gewerbe und Industrie. Daher schätzen fast zwei von fünf Unternehmen (39 Prozent) die Wettbewerbsfähigkeit bei der **Verfügbarkeit von Gewerbeflächen** schlechter oder deutlich schlechter ein als noch vor vier Jahren. Eine Verbesserung sieht nur knapp jeder fünfte. Es besteht Handlungsbedarf, denn ohne geeignete Gewerbeflächen wird die Gründung und das Wachstum von Unternehmen erheblich erschwert. Es braucht strukturelle Leitplanken, um auch der Wirtschaft langfristige Standortperspektiven zu geben. Für Wohnen, Gewerbe und Industrie müssen Flächen bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden, um so eine nachhaltige Flächenentwicklung sicherzustellen. Es gilt, regionale Stadt- und Siedlungsstrategien zu entwickeln, um auch die Gewerbeflächenversorgung für die Wirtschaft zu sichern. Konzepte der Metropolregionen und der Regiopole mitsamt ihrer Verflechtungsräume und die Erreichbarkeit von Kleinstädten in ländlichen Räumen sind dafür geeignete Ansätze. Durch eine intelligente, integrierte und vernetzte Stadtentwicklung können Menschen und Unternehmen zukünftig attraktive Standorte angeboten werden.

Auch für den Bereich **Forschung und Innovation** überwiegen die Unternehmen, die eine gesunkene Wettbewerbsfähigkeit sehen mit knapp einem Drittel (32 Prozent), die Unternehmen, die eine Verbesserung feststellen (zwölf Prozent). Die Innovationsbereitschaft der deutschen Wirtschaft ist laut aktuellem DIHK-Innovationsreport auf den niedrigsten Stand seit der ersten Erhebung im Jahr 2008 gefallen. Zusätzlich wollen Unternehmen verstärkt F&E-Aktivitäten im Ausland verfolgen. Das ist kein gutes Zeugnis für den Innovationsstandort Deutschland. Zwar hat sich das Umfeld für Innovationen dahingehend verbessert, dass den Unternehmen zur Unterstützung ihrer Forschungs- und Entwicklungsvorhaben seit 2020 steuerliche Vorteile gewährt werden. Allerdings ist die Forschungszulage für viele Betriebe noch unbekannt oder sie wird als zu bürokratisch wahrgenommen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der **digitalen Infrastruktur (z.B. Breitband und Mobilfunk)** ist nach Einschätzung der Unternehmen überwiegend zurückgegangen. Während 18 Prozent der Befragten eine Verbesserung sehen, sind 29 Prozent vom Gegenteil überzeugt. Mit zunehmender Digitalisierung steigen die Anforderungen der Unternehmen an die verfügbare Bandbreite. Der Netzausbau kann damit kaum Schritt halten. In der Regel wird der Netzausbau von privaten Unternehmen im Wettbewerb vorangetrieben. Er wird erschwert durch hohe Baukosten, einen Mangel an Fachkräften und zähe Genehmigungsverfahren der öffentlichen Hand.

Prioritäten für die neue Bundesregierung: Bürokratieabbau und Kosten senken

Die wichtigsten Prioritäten für die kommende Bundesregierung sehen Unternehmen im Bürokratieabbau und in der Beschleunigung der Verwaltung. Dringend notwendig sind zudem Entlastungen, sowohl bei den Unternehmenssteuern als auch bei den Sozialabgaben. Der Ausbau der digitalen und der physischen Infrastruktur sollte ebenfalls oben auf der Agenda der kommenden Bundesregierung stehen.

Was sollte die neu gewählte Bundesregierung aus Sicht der Unternehmen vornehmlich anpacken?

Mehrfachantworten möglich, Angaben in Prozent



Nahezu alle Unternehmen sehen im **Bürokratieabbau** eine Priorität (95 Prozent) für die neue Bundesregierung. Die wirtschaftspolitische Leitlinie sollte dabei „einfacher, schneller, digitaler“ sein. Mit systematischen Ansätzen sollte kann die Bundesregierung mit dem Abbau zeitaufwendiger und kostenträchtiger Bürokratie bereits in den ersten Monaten loslegen und so den Wirtschaftsstandort Deutschland auch in einer längerfristigen Hinsicht attraktiver machen. Jahresbürokratieabbaugesetze und verpflichtende Praxis-Checks in allen Ressorts wären probate Mittel, um die Bürokratie Schritt für Schritt spürbar abzubauen. Die neue Bundesregierung sollte den eingeschlagenen Weg zur Verringerung von Bürokratie fortsetzen und die vielen bisher noch nicht umgesetzten Vorschläge der Wirtschaft aufgreifen. Um den Zuwachs neuer bürokratischer Verpflichtungen effektiv zu dämpfen, sollte die neue Bundesregierung die als Bürokratiebremse konzipierten „One-in-one-out“-Regelung reformieren. Bislang sind umzusetzende EU-Regelungen davon ausgenommen – und auch der „Einmalaufwand“ beispielsweise bei der Einführung einer Regelung bleibt außen vor.

Für sieben von zehn Unternehmen ist die **Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren eine der drängendsten politischen Aufgaben**. Die Zulassung von Investitions- und Infrastrukturvorhaben dauert in Deutschland häufig Jahre oder gar Jahrzehnte. Die dringend notwendige Sanierung und der Ausbau der Infrastruktur kommen auch deshalb nur schleppend voran, Investitionen in Industrieanlagen oder den Gewerbe- und Wohnungsbau geraten ins Stocken. Zwar gibt es seit November 2023 den Deutschlandpakt für Beschleunigung. Bisher wurden Verfahren aber meist nur punktuell für bestimmte Technologien wie LNG-Terminals, Windenergieanlagen oder Wasserstoffelektrolyseure beschleunigt. Kürzere und verbindliche Fristen für alle Beteiligten, Stichtagsregelungen zur maßgeblichen Sach- und Rechtslage und vereinfachte Standards sollten deshalb in allen Fachgesetzen und zwar für alle Zulassungsverfahren eingeführt werden.

Mit 69 Prozent an dritter Stelle der prioritären Maßnahmen nennen die Betriebe die **Beschleunigung und Digitalisierung von Verwaltungsleistungen**. Erhebliche Kosten entstehen bereits dadurch, dass in den Unternehmen für diverse Verwaltungsvorgänge (vielfach die gleichen) Daten erhoben, dokumentiert und aufbereitet werden müssen. Beschleunigungseffekte lassen sich vor allem dann realisieren, wenn bei der Digitalisierung die gesamte Prozesskette in Unternehmen und Verwaltungen in den Blick genommen wird – statt nur der reine Onlinezugang wie beim Onlinezugangsgesetz. Unternehmen benötigen neben einem gebündelten Zugang zur Verwaltung einheitliche Standards und Schnittstellen, so dass Daten automatisiert zwischen Unternehmen und Verwaltungen ausgetauscht werden können. Eine gemeinsame technische Infrastruktur für die Verwaltung aller föderalen Ebenen, die wie Plattformen im privatwirtschaftlichen Bereich aufgebaut ist, birgt hohe Effizienzpotenziale. Dafür müssen die rechtlichen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Außerdem müssen Prozesse digitalfähig gemacht werden: Ein Großteil der bürokratischen Belastungen könnte dadurch vermindert werden, dass bei der Formulierung von Vorschriften die digitale Umsetzung in den Verwaltungen und in den Unternehmen von Beginn an mitbetrachtet wird. Der Digitalcheck von Gesetzen muss mithin Durchschlagskraft entwickeln – und auch auf bestehende Rechtsnormen angewendet werden.

Fast zwei Drittel der Unternehmen (63 Prozent) sehen eine Priorität der kommenden Bundesregierung in der **Begrenzung der Sozialabgaben**. Für personalintensive Branchen wie dem Gastgewerbe, wo die Personalkosten zu den höchsten Kostenblöcken gehören, steht das Thema sogar für 86 Prozent der Betriebe ganz oben auf der Agenda. Sozialversicherungsbeiträge und damit die Arbeitskosten sind ein wichtiger Standortfaktor. Sie sollten nicht weiter ansteigen, sondern sich vielmehr an der Obergrenze von 40 Prozent insgesamt orientieren. Die Finanzierung der gesetzlichen Sozialversicherungen durch die Unternehmen wird in hohem Maße vom demografischen Wandel beeinflusst. Aufgrund der wachsenden Zahl der Leistungsempfänger steigt der Druck auf die Beitragssätze. Das belastet die Unternehmen und die Arbeitskosten steigen. Eine zukunftsfähige Sozialversicherung umfasst deshalb Reformen zur Entlastung der Unternehmen. So sollte u.a. in der Gesetzlichen Rentenversicherung das Renteneintrittsalter dynamisch an die Entwicklung der Lebenserwartung gekoppelt werden. Dies begrenzt die Belastungen für Beitragszahler und Betriebe. Anreize für einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Berufsleben und damit vermeidbare Belastungen der Rentenversicherung sollten dagegen abgeschafft werden. Darunter fällt die abschlagsfreie Rente für besonders langjährig Versicherte nach 45 Versicherungsjahren. Es dürfen weiterhin keine zusätzlichen Lasten für die Betriebe und Beitragszahler eingeführt werden, wie dies etwa bei einer Fixierung des Rentenniveaus der Fall wäre.

Für drei von fünf Betrieben wäre eine **Senkung der Steuerbelastung von Unternehmen** besonders wichtig. Im Vergleich der OECD-Länder oder auch zwischen den EU-Staaten, weist Deutschland mit teils über 30 Prozent eine überdurchschnittlich hohe Steuerbelastungen für Unternehmen auf (OECD-Schnitt: 23 Prozent, EU-Schnitt 21 Prozent). Deshalb sollten die Steuersätze auf nicht ausgeschüttete Gewinne auf 25 Prozent gesenkt werden. Ein erster Schritt wäre die Abschaffung des restlichen Solidaritätszuschlages, den mittlerweile überwiegend Unternehmen zahlen. Eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen würde auch eine schnellere steuerliche Abschreibung von Investitionen bedeuten. So würde ein zusätzlicher Investitionsimpuls für die Unternehmen entstehen. Als Sofortmaßnahme könnte die degressive Abschreibung – am Anfang viel, am Ende weniger – wieder eingeführt werden. Darin läge zudem ein wichtiges Signal an die Unternehmen in Deutschland. Perspektivisch sollten die Abschreibungen nicht nur beschleunigt, sondern auch vereinfacht werden. So müssen die Betriebe jede Investition in die sog. Abschreibungstabellen (über 100 unterschiedliche Anlagegüter) einordnen, um die korrekte Abschreibungsdauer zu ermitteln. Hier wäre ein einfacherer Ansatz wesentlich bürokratieärmer: Kleine Investitionen bis 5.000 Euro sollten sofort abschreibungsfähig sein (Geringwertige Wirtschaftsgüter). Höhere Investitionen werden in zwei maximal drei Gruppen abgebildet und abgeschrieben.

Die **Verbesserung der Digitalen Infrastruktur** ist ebenfalls ein Feld, das nach Einschätzung von 58 Prozent der Unternehmen, dringend angegangen werden muss. Auch hier spielen schleppende Genehmigungsverfahren eine unrühmliche Rolle. So orientiert sich der Genehmigungsvollzug noch immer an veralteten Standards, obwohl es bereits allgemein anerkannte Branchenstandards gibt, die darauf abzielen, den Aufwand und die Kosten für den Glasfaserausbau zu reduzieren. Die Genehmigungsbehörden sollten von diesen modernen Methoden überzeugt werden. Das Gesetz zur Beschleunigung des Netzausbau wurde in der abgelaufenen Legislaturperiode nicht verabschiedet, weil kein Konsens zur volkswirtschaftlichen Bedeutung von Glasfaser- und Mobilfunknetzen erzielt werden konnte. Die Potenziale zur Beschleunigung des Netzausbau sollten zeitnah ausgelotet und die erforderlichen rechtlichen Anpassungen vorgenommen werden. Ein verlässliches Konzept zur Migration von Kupfer- auf Glasfasernetze ist unabdingbar.

Für 56 Prozent der Unternehmen hat eine **bedarfsgerechte Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur** Priorität. Eine Verkürzung der Planungs- und Genehmigungsverfahren wäre in diesem Zusammenhang ebenfalls sehr wichtig. Das allein reicht aber nicht aus. Um marode Verkehrsnetze zügig zu sanieren und Engpässe zu beseitigen, sind dauerhaft auskömmliche Mittel unverzichtbar. Nur dann können die Kapazitäten in den Planungsbüros und in der Bauwirtschaft hochgefahren werden. Zugleich würde dies einen Umstieg vom „Bauen nach Kassenlage“ hin zu einer langfristigen Ausbau- und Erhaltungsstrategie bedeuten.

Nach Einschätzung von 54 Prozent der Unternehmen sollte eine neue Bundesregierung dringend die **staatliche Belastung des Strompreises** reduzieren. In der Industrie sind es sogar fast zwei Drittel (63 Prozent). Für das Produzierende Gewerbe wurde die Stromsteuer bis Ende 2025 von 2,05 Cent/kWh auf das europäische Minimum von 0,05 Cent gesenkt. Die restlichen Branchen wie Handel und Dienstleistung wurden davon bisher ausgeschlossen. Die neue Bundesregierung sollte die Stromsteuer für alle Betriebe dauerhaft auf das europäische Minimum senken. Die Netzentgelte könnten durch einen staatlichen Zuschuss deutlich verringert werden. Ohne eine erhebliche Entlastung bei den Energiekosten ist die Abwanderung von Produktionsstätten ins Ausland indes nicht aufzuhalten. Günstigere Strompreise bieten zudem stärkere Anreize, von fossilen auf erneuerbare Energieträger zu wechseln, um betriebliche Klimaschutzkonzepte erfolgreich umzusetzen. Den Unternehmen mangelt es nicht an Willen und nachhaltigen Konzepten für ihre künftige Energieversorgung, es sind vor allem die hohen Kosten und kleinteilige Regelungen, die die investiven Spielräume einengen. Statt detaillierten Vorgaben per Gesetz sollten Anreize für technologische Innovationen gesetzt werden.

Mehr als jeder zweite Betrieb (53 Prozent) sieht in der Erhöhung der **Flexibilität am Arbeitsmarkt** eine dringende Aufgabe der neuen Bundesregierung. In personalintensiven Branchen wie dem Gastgewerbe nennen sogar fast drei Viertel aller Unternehmen (74 Prozent) das Thema als Priorität. Dazu gehört, die Arbeitszeit flexibler gestalten zu können, um besser auf Auftrags- und Auslastungsschwankungen zu reagieren. Auch Beschäftigten würde mehr Flexibilität die Möglichkeit geben, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können. An die Stelle der gesetzlich geregelten täglichen Höchstarbeitszeit sollte eine wöchentliche Höchstarbeitszeit treten, die eine flexiblere Verteilung der Arbeitszeit ermöglicht. Die Bedeutung von mobilem Arbeiten hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Diese Beschäftigungsform ist für viele Betriebe beim Werben um Fachkräfte eine Maßnahme zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität. Wichtig ist, dass die Ausgestaltung auf betrieblicher Ebene individuell erfolgt und frei von zusätzlicher Regulierung, neuen Rechtsansprüchen und Bürokratielasten bleibt. Um Arbeitslose besser in Beschäftigung zu bringen, sollten zudem die Anreize zur Arbeitsaufnahme im Bürgergeld sowie das Prinzip des Förderns und Forderns gestärkt werden.

Für 43 Prozent der Unternehmen wäre es dringend notwendig, die **Klimapolitik investitionssicher und wettbewerbsfähig** zu gestalten. Das Europäische Emissionshandelssystem hat sich als Leitinstrument der europäischen Klimapolitik bewährt. Klimaschutz kann jedoch nur durch gemeinsame weltweite Anstrengungen gelingen. Um faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zu schaffen, ist ein wirksamer und unbürokratischer Carbon Leakage-Schutz neben ausreichend klimaneutralen Alternativen für die grüne Transformation der Industrie notwendig. Klimaschutzpolitik verliert ihre Wirksamkeit, wenn sie zur Verlagerung von Wertschöpfungsketten ins Ausland führt. Der gerade begonnene CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) richtet aus Sicht der Unternehmen derzeit mehr Schaden als Nutzen an. Der Weg einer Grenzabgabe für Importe, um heimische Produktion zu schützen, könnte sich als Irrweg erweisen und die Herausforderung einer steigenden CO₂-Belastung in Europa nicht lösen. Er hilft auch in keiner Weise der Exportwirtschaft und lässt die Betriebe im globalen Wettbewerb auf sich gestellt. Ohne eine deutliche Entlastung bei den Energiekosten in Deutschland und Europa lässt sich die Abwanderung von Produktionsstätten ins Ausland nicht aufhalten. Dies sollte Teil der Klimapolitik werden und eine konsequente und verlässliche CO₂-Besteuerung ergänzen.

Für ein gutes Drittel der Unternehmen hat es Priorität, den **Innovations- und Gründungsstandort zu stärken** (35 Prozent). Die Unternehmen brauchen mehr denn je Freiraum, um wieder neue Produkte und Lösungen zu entwickeln. Dazu gehören verlässliche innovationsfreundliche Rahmenbedingungen am Standort Deutschland mit weniger Bürokratie und der Möglichkeiten, Neues in Reallaboren auszuprobieren sowie planbare Mittel für Forschung und Innovation, etwa in der technologieoffenen Projektförderung. Dadurch finden Erkenntnisse aus der Wissenschaft auch ihren Weg in den Mittelstand. Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) hat das Bundeswirtschaftsministerium einen wichtigen Innovationsbeschleuniger, der finanziell auch gut ausgestattet sein sollte. Innovationen sollten zudem von unnötiger Bürokratie befreit werden. Die bürokratischen Rahmenbedingungen sind in DIHK-Umfragen regelmäßig ein TOP-Hindernis. Mehr als zwei Drittel der Betriebe beklagen, dass die Bürokratie sie in ihren Innovationen einschränkt. Die Unternehmen brauchen dringend einen Praxis-Check für Förderprogramme, bei dem Politik, Verwaltung und Unternehmen gemeinsam bürokratische Hemmnisse identifizieren und Lösungsansätze finden. Das ist ein

wichtiger Baustein, damit sich die Unternehmen alsbald aus der Krise hinausinnovieren können. Und schließlich helfen Reallabore den Unternehmen, um Innovationen in einem gelockerten Regulierungsrahmen voranzutreiben – und damit neue Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen hervorzubringen. Neue Erfindungen oder Produkte können in der Realität getestet werden, die aktuell von den Genehmigungsbehörden noch abgelehnt werden würden.

Die Sicht der Gründerinnen und Gründer kommt in Umfragen und Beratungsgesprächen der IHKs zur Geltung. Vordringlich sind schnellere und einfachere Regularien zu Antragstellungen und Genehmigungen. Für viele Gründende ist mehr Rechtsicherheit im Hinblick auf Scheinselbstständigkeit und ein einfacheres Statusfeststellungsverfahren wichtig. Weit oben auf die To-do-Liste der Politik gehören den Gründenden zufolge außerdem ein besserer Zugang zu öffentlichen Fördermitteln, niedrigere Energiepreise und mehr Verständnis für das Unternehmertum in der Gesellschaft (DIHK-Report zur [Unternehmensgründung 2024](#)).

Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen und eines zunehmenden Protektionismus sollte die Bundesregierung dringend den **Internationalen Handel stärken**. Das meinen 42 Prozent der Unternehmen, die auch im Ausland aktiv sind. Bezogen auf alle Unternehmen sind es 28 Prozent. Kaum ein anderes Land ist weltweit so stark auf den Außenhandel angewiesen wie Deutschland. Unternehmen brauchen daher ein wirtschaftlich souveränes Europa, das international für offene Märkte sowie in der Praxis umsetzbare Regeln für Handel und Investitionen eintritt und den eigenen Markt offenhält. Die neue Bundesregierung sollte sich für ein geschlossenes Auftreten der EU-Mitgliedstaaten gegenüber den USA stark machen und sich ihr gegenüber dialogbereit zeigen. Ein Hochschaukeln von Zöllen muss unbedingt vermieden werden, denn das schadet Unternehmen und Verbrauchern auf beiden Seiten. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die EU den Handschlag zu anderen Handelspartnern sucht und stabile Handelsbeziehungen aufbaut, denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit. Zusammen mit der EU-Kommission sollte eine strategische Handelspolitik forciert werden. Die Abkommen mit dem Mercosur und Mexiko sollten baldmöglichst ratifiziert sowie mit Indonesien und Indien rasch zu Ende verhandelt werden. Auch weitere Abkommen mit Staaten in Südostasien, im arabischen Raum und in Afrika sowie strategische Partnerschaften und Rohstoffabkommen bieten für viele Unternehmen bedeutende Geschäftschancen. Gleichzeitig sollte Deutschland seine eigene Wirtschaftspolitik darauf ausrichten, Unternehmen wettbewerbsfähiger zu machen.

Der **Ausbau der Erneuerbaren Energien inkl. Netzausbau** hat für knapp ein Drittel der Betriebe Priorität (32 Prozent). Hohe Förderkosten im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) von knapp 20 Mrd. Euro, Abschaltungen von Anlagen aufgrund fehlender Netzinfrastruktur und die geringe Verfügbarkeit von Grünstromzertifikaten aus Deutschland für die Wirtschaft, stellen die Akzeptanz der Energiewende zunehmend in Frage. Sicherlich zeigt die relativ niedrige Priorität bei den Unternehmen, dass der Erneuerbaren-Ausbau in Deutschland recht weit vorangeschritten ist. Die Betriebe erfahren aber auch, dass der Erneuerbaren-Ausbau mit dem Bau der notwendigen Infrastruktur einhergehen muss, sonst erreicht er die Standorte nicht. Der Ausbau des Übertragungsnetzes und der Verteilernetze ist dabei ebenso zentral wie die Stärkung des europäischen Binnenmarktes. Dafür müssen die Grenzkuppelkapazitäten mit den Nachbarländern ausgebaut werden. Die Realität ist, dass Unternehmen derzeit viel zu lange auf einen Netzanschluss für Wärmepumpen, Elektromobilität, Speicher oder PV-Anlagen warten.

Entgegen der Diskussion über neue Gaskraftwerke zur Absicherung erneuerbarer Energien sieht nur ein Viertel der Unternehmen die **Versorgungssicherheit beim Strom** als vordringliches Problem in Deutschland. Insbesondere die Industrie stellt jedoch zunehmende Spannungsschwankungen im Versorgungsnetz fest. Mit der fortschreitenden Elektrifizierung von Prozessen und der steigenden Sensibilität moderner Maschinen besonders in der Industrie wächst die Belastung durch Stromunterbrechungen. Gleichzeitig erhöht der wachsende Anteil wetterabhängiger erneuerbarer Energien die Belastung der Netze und damit das Risiko von Stromschwankungen und Ausfällen. Aus Sicht der Wirtschaft sollten Unternehmen, Netzbetreiber und Bundesnetzagentur auf einem grundsätzlich hohen Versorgungsniveau in Deutschland gemeinsam nach guten Lösungen für Spannungsschwankungen suchen.

Standpunkte der Unternehmen zu ausgewählten Themen

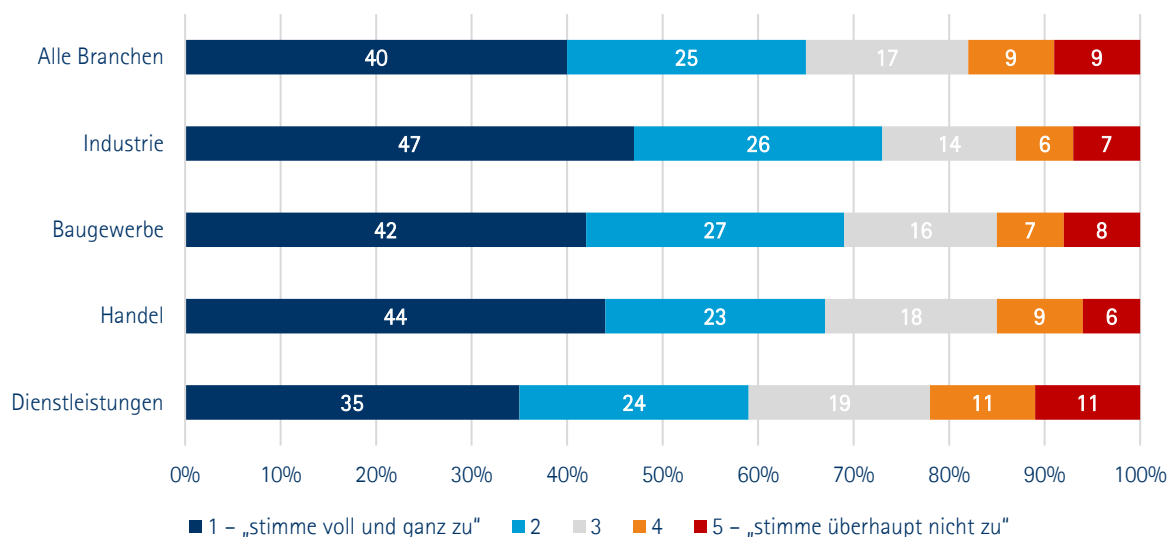
Die Unternehmen waren im letzten Teil der Umfrage gefragt, ob sie ausgewählten wirtschaftspolitischen Standpunkten zustimmen oder sie ablehnen. Die Themen umfassen die Energiewende, die Handelspolitik, Substanzsteuern sowie die Finanzierung von öffentlichen Investitionen:

Aktuelle Gestaltung der Energiewende senkt Wettbewerbsfähigkeit

Die Unternehmen stimmen mit großer Mehrheit zu, dass die **aktuelle Gestaltung der Energiewende** ihrer Wettbewerbsfähigkeit schadet. Drei Viertel der Industriebetriebe und zwei Drittel aller Betriebe sehen sich durch Mehrkosten aufgrund der Energiepolitik beeinträchtigt.

„Die aktuelle Gestaltung der Energiewende führt zu Mehrkosten im Betrieb und senkt die Wettbewerbsfähigkeit meines Unternehmens“

Skala 1-5; 1=stimme voll und ganz zu; 5=stimme überhaupt nicht zu, Angaben in Prozent



Dieses Ergebnis ist eine eindruckliche Bestätigung des IHK-Energiewende-Barometers aus dem Sommer 2024 und bekräftigt dessen zentrale Botschaft: „Ein Umdenken ist erforderlich“. Die Energiewende kann und muss kosteneffizienter gestaltet werden. Konkret heißt das:

Stromsteuer und Netzentgelte senken: Eine breite Entlastung der Wirtschaft ist möglich durch eine dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum, einen Zuschuss zu den Netzentgelten und die Übernahme weiterer Strompreisbestandteile in den Bundeshaushalt. Dadurch wird Strom billiger, was Investitionen anreizt, die Wirtschaft ankurbelt und dem Klima nützt.

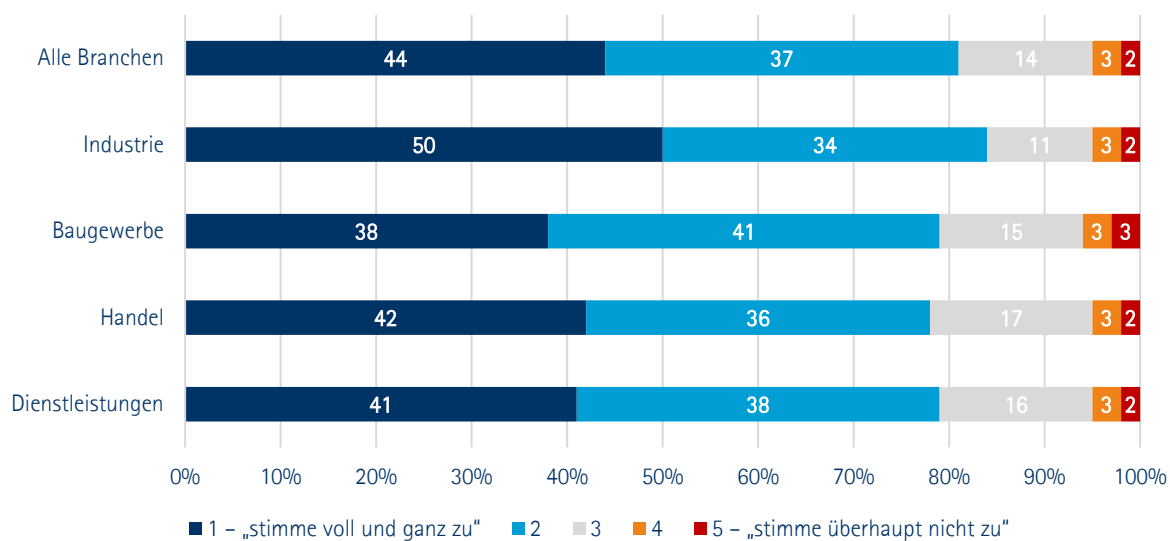
Der Erneuerbaren-Ausbau muss mit dem Bau der notwendigen Infrastruktur einhergehen. Gleichzeitig muss der Grundsatz gelten, dass Kraftwerkkapazitäten nur dann abgeschaltet werden, wenn andere wetterunabhängige Leistungen wirklich zur Verfügung stehen.

Wirtschaftliche Offenheit bewahren – Internationale Kooperation stärken

Vier von fünf Unternehmen (81 Prozent) befürworten den verstärkten Einsatz der Bundesregierung für mehr Handelsabkommen, 44 Prozent stimmen sogar voll und ganz zu. Das Ergebnis unterscheidet sich nur geringfügig zwischen den Wirtschaftszweigen. Selbst mehr als drei Viertel der Unternehmen, die überhaupt nicht im Ausland aktiv sind, stimmen der Aussage zu (stimme voll und ganz zu: 39 Prozent; stimme zu: 38 Prozent). Auch der Vergleich zum letzten Unternehmensbarometer zur Bundestagswahl 2021 ist bemerkenswert: Einer ähnlich formulierten Fragestellung stimmten seinerzeit insgesamt 53 Prozent zu (Aussage im Unternehmensbarometer 2021: „Die Handelshemmnisse haben im Zuge der Coronavirus-Pandemie für mein Unternehmen noch einmal zugenommen. Die Bundesregierung sollte sich gemeinsam mit der EU gegen Protektionismus und für weltweit offene Märkte einsetzen – auch in politisch schwieriger Konstellation.“). Das zeigt, dass die Unternehmen derzeit stark wahrnehmen, wie die gesamte Volkswirtschaft unter Protektionismus leidet bzw. von offenen Märkten profitieren würde. Keine andere fortgeschrittene Volkswirtschaft ist so in den Welthandel integriert wie Deutschland. Das deutsche Handelsvolumen entspricht fast 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Wohlstand in Deutschland basiert zu einem großen Teil darauf, dass die Unternehmen hierzulande die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung gut nutzen. Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt am Exportgeschäft, in der Industrie sogar jeder zweite. Die deutschen Unternehmen leben vom globalen Wettbewerb. Gleichzeitig profitieren deutsche Konsumenten von dem breiteren und günstigen Warenangebot, das durch den internationalen Handel möglich wird. Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Protektionismus, gestiegener geopolitischer Risiken und einer geringeren Wettbewerbsfähigkeit ist eine kluge EU-Handelspolitik und eine ambitionierte EU-Wettbewerbsagenda vielleicht notwendiger denn je.

„Angesichts geopolitischer Herausforderungen und zunehmender Handelshemmnisse weltweit sollte sich die Bundesregierung zur Entlastung der Unternehmen verstärkt für Handelsabkommen der EU einsetzen.“

Skala 1-5; 1=stimme voll und ganz zu; 5=stimme überhaupt nicht zu, Angaben in Prozent



Handelsabkommen sind ein Werkzeug, um sich gegen protektionistische Tendenzen zu wappnen. Der Abschluss der Verhandlungen des EU-Mercosur-Abkommens ist ein Meilenstein für die deutsche Wirtschaft. Nun muss das Abkommen zügig in Kraft treten, damit Unternehmen möglichst schnell von der Marktöffnung profitieren können. Um ihre Lieferketten aber weiter diversifizieren zu können, brauchen Unternehmen dringend auch Handelsabkommen wie z.B. mit Indien, Malaysia oder Indonesien. Drohende protektionistische Maßnahmen der USA stellen die deutschen Unternehmen vor enorme Herausforderungen. Die EU sollte ihre handelspolitischen Interessen gegenüber den USA noch entschlossener vertreten und eine Balance finden zwischen offenen Märkten und fairem Marktzugang. Vergeltungsmaßnahmen zwischen Handelspartnern dürfen sich nicht hochschaukeln. Das bedroht letztendlich auch die Stabilität globaler Lieferketten – und damit den Erfolg vieler deutscher Unternehmen.

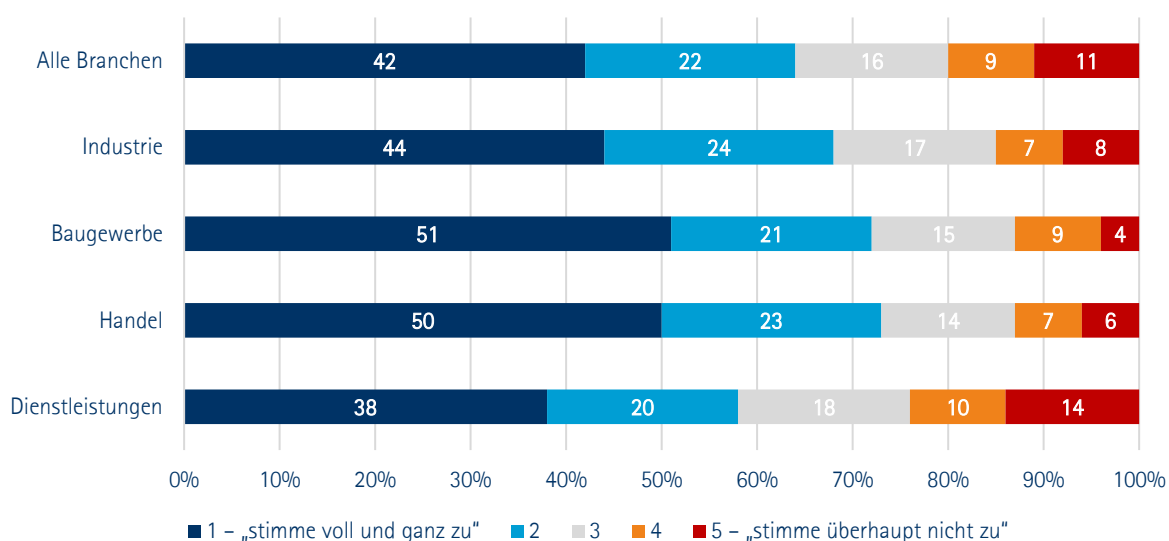
Die Weltwirtschaft fragmentiert sich zunehmend. Dabei kommt der Welthandelsorganisation, Hüterin multilateraler Handelsregeln, eine besondere Rolle zu. Ihre Aufgabe ist es, das globale Handelssystem zu stabilisieren und fairen Handel zu gewährleisten. Um dem nachzugehen, muss sie allerdings dringend reformiert werden.

Investitionsspielräume der Unternehmen nicht durch eine Besteuerung der Substanz beschneiden

Eine nachhaltige Finanz- und Steuerpolitik setzt auf langfristiges Wachstum. Eine die Unternehmen schwächende Besteuerung der Unternehmenssubstanz – bspw. durch eine wiederbelebte Vermögensteuer – passt nach Sicht der überwiegenden Mehrheit der Unternehmen nicht zu einer solchen Politik. Bei knapp zwei Dritteln der Unternehmen würde die Einführung von Substanzsteuern Schaden anrichten oder sogar den Bestand gefährden. Höhere oder neue Steuern auf die Substanz von Unternehmen schränken die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen, vor allem derjenigen mit bereits knappem Eigenkapital, weiter ein. Auf längere Sicht würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen leiden und die Sicherung von Arbeitsplätzen würde erschwert.

„Eine weitere Erhöhung von Substanzsteuern (z.B. Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, Grundsteuer) würde meinem Unternehmen sehr schaden und möglicherweise sogar gefährden.“

Skala 1-5; 1=stimme voll und ganz zu; 5=stimme überhaupt nicht zu, Angaben in Prozent



Die Erbschaft- und Schenkungsteuer wurde vor knapp zehn Jahren reformiert. Im Kern gilt richtigerweise weiterhin, dass die Übertragung von betriebsnotwendigem Vermögen verschont wird. An die Verschonung wurden allerdings für viele Familienunternehmen nicht leicht zu erfüllende Voraussetzungen geknüpft, z. B. der Erhalt von Lohnsummen über einen längeren Zeitraum. Zudem wurden deutliche Verschärfungen eingeführt. Schon aus Gründen der Rechtssicherheit sollte nun nicht wieder Hand an die Regeln für Unternehmensnachfolgen gelegt werden.

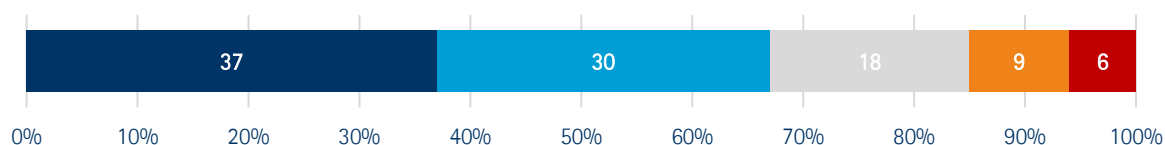
Vorfahrt für Investitionen in den öffentlichen Haushalten gewährleisten

Eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik erfordert neben stabilen Staatsfinanzen eine nachhaltige Wachstumsstrategie, zu der vor allem Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung gehören. Zwar wurden die öffentlichen Investitionen in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode erhöht. Auf diese Ausgaben sollte zukünftig in den öffentlichen Haushalten aber ein noch größerer Fokus gelegt werden, damit die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch perspektivisch verbessert werden können. Wichtig ist, dass die Umsetzung von öffentlichen Investitionsprojekten auf allen staatlichen Ebenen wesentlich schneller und mit weniger Bürokratie erfolgt.

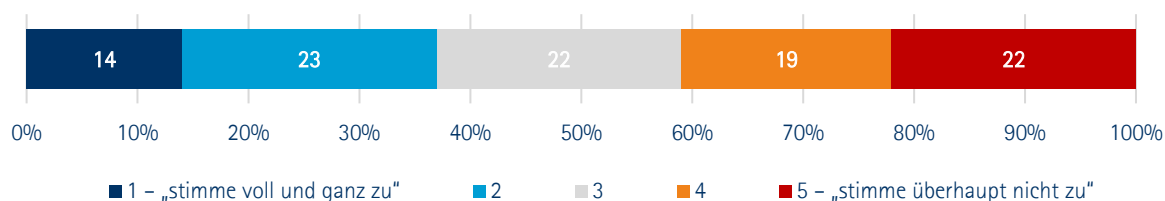
Zur Sicherung von Wohlstand und Wachstum und für die Transformation der Wirtschaft sind in den nächsten Jahren zusätzliche öffentliche Investitionen in großem Umfang notwendig:

„Die Finanzierung sollte vornehmlich über Einsparungen an anderer Stelle in den öffentlichen Haushalten vorgenommen werden.“

Skala 1-5; 1=stimme voll und ganz zu; 5=stimme überhaupt nicht zu, Angaben in Prozent



„Zur Finanzierung sollte der Kreditspielraum der öffentlichen Haushalte erheblich erweitert werden.“



Steigende Zins- und Tilgungslasten der öffentlichen Haushalte schmälern die staatlichen Investitionsmöglichkeiten in der Zukunft – und damit die Verbesserung der wirtschaftlichen Standortbedingungen für Unternehmen. Eine Priorisierung öffentlicher Ausgaben für mehr Wachstum ist deshalb unerlässlich. Zwei Drittel der Unternehmen befürworten, dass öffentliche Investitionen zur Sicherung von Wohlstand und Wachstum vornehmlich durch Einsparungen an anderer Stelle im Haushalt finanziert werden sollten. Bei der Frage der Ausweitung des Kreditspielraums zur Finanzierung der öffentlichen Investitionen ist die Bewertung der Unternehmen weniger eindeutig. Während 37 Prozent der Unternehmen eine Ausweitung des Kreditspielraums der öffentlichen Haushalte eher befürworten, lehnen dies 41 Prozent eher ab.

Dem Staat stehen enorme Mittel zur Verfügung, um seine Aufgaben zu finanzieren. Im Jahr 2008 betragen die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen rd. 560 Mrd. Euro. 2025 werden allen staatlichen Ebenen mehr als 1.000 Mrd. Euro an Mitteln zur Verfügung stehen. Die Schuldenbremse deckelt die Kreditaufnahme des Bundes auf 0,35 Prozent des BIP. Im Jahr 2024 waren dies (nach vorläufiger Berechnung des BMF) 14,4 Mrd. Euro. Hinzu kommt die je nach konjunktureller Lage auch mit der Schuldenbremse mögliche Kreditaufnahme des Bundes. 2024 waren dies zusätzliche 20,4 Mrd. Euro. Zudem gibt es für die Förderung der Transformation mit dem Sondervermögen „Klima- und Transformationsfonds“ (KTF) ein Investitionsbudget, das jedes Jahr über eigene Einnahmen von fast 20 Mrd. Euro – Tendenz steigend – aus dem CO₂-Zertifikatehandel und der CO₂-Steuer verfügt. Auch die in Folge der „Zeitenwende“ erforderlichen höheren Verteidigungsausgaben werden bis 2027 aus einem kreditfinanzierten Sondervermögen „Bundeswehr“ geleistet. Jedes neue Sondervermögen, das seine Ausgaben ausschließlich oder überwiegend mit Kreditaufnahmen finanziert, kann zukünftig zu höheren Steuerbelastungen für Unternehmen führen, weil Zinsen zu zahlen sind und die Kredite getilgt werden müssen. Es bedarf vor allem moderner Institutionen und gut funktionierender Verwaltungen, um die vorhandenen finanziellen Mittel effektiv und effizient einzusetzen.

Statistischer Anhang

Aus Sicht Ihres Unternehmens: Wie hat sich die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland in folgenden Bereichen im Vergleich zum Herbst des Coronajahres 2021 verändert (Antworten in alphabetischer Reihenfolge)?

(Schnitt auf einer Skala von 1 bis 5: 1 = Wettbewerbsfähigkeit hat sich sehr verbessert bis 5 = Wettbewerbsfähigkeit hat sich sehr verschlechtert; Angaben in Prozent)

| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
|---|---|----|----|----|----|
| Arbeitskosten | 1 | 2 | 13 | 47 | 37 |
| Arbeits- und Fachkräfteangebot | 1 | 6 | 30 | 40 | 23 |
| Bürokratie und Auflagen | 1 | 1 | 11 | 29 | 58 |
| Digitale Infrastruktur | 1 | 17 | 53 | 21 | 8 |
| Forschung und Innovation | 1 | 11 | 56 | 25 | 7 |
| Gründungsfreundlichkeit | 1 | 6 | 35 | 35 | 23 |
| Kosten für Gasversorgung, inkl. Abgaben und Umlagen | 1 | 4 | 13 | 33 | 49 |
| Kosten für Strom, inkl. Abgaben und Umlagen | 1 | 4 | 13 | 32 | 50 |
| Qualität der Verwaltung | 1 | 4 | 30 | 35 | 30 |
| Unternehmensbesteuerung | 0 | 2 | 48 | 29 | 21 |
| Verkehrsinfrastruktur | 1 | 5 | 29 | 37 | 28 |
| Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik | 1 | 2 | 8 | 21 | 68 |
| Verfügbarkeit von Gewerbeflächen | 2 | 16 | 43 | 24 | 15 |

Was sollte die neu gewählte Bundesregierung aus Sicht Ihres Unternehmens vornehmlich anpacken?

(Angaben in Prozent, Mehrfachantworten möglich)

| Branche | Alle Branchen | Industrie | Baugewerbe | Handel | Dienstleistungen |
|--|---------------|-----------|------------|--------|------------------|
| Ausbau der Erneuerbaren Energien inkl. Netzausbau vorantreiben | 32 | 32 | 27 | 29 | 32 |
| Bürokratie abbauen | 95 | 95 | 97 | 96 | 94 |
| Digitale Infrastruktur verbessern | 58 | 52 | 53 | 53 | 63 |
| Flexibilität am Arbeitsmarkt erhöhen | 53 | 56 | 53 | 53 | 51 |
| Innovations- und Gründungsstandort stärken | 35 | 30 | 31 | 28 | 39 |
| Internationalen Handel stärken | 28 | 37 | 17 | 26 | 25 |
| Klimapolitik investitionssicher und wettbewerbsfähig gestalten | 43 | 48 | 45 | 39 | 42 |
| Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen | 70 | 70 | 81 | 68 | 70 |
| Sozialabgaben begrenzen | 63 | 64 | 65 | 68 | 61 |
| Staatliche Belastung des Strompreises reduzieren | 54 | 63 | 53 | 56 | 50 |
| Steuerbelastung von Unternehmen reduzieren | 60 | 62 | 63 | 70 | 56 |
| Verkehrsinfrastruktur bedarfsgerecht modernisieren | 56 | 51 | 54 | 55 | 58 |
| Verwaltungsleistungen beschleunigen und digitalisieren | 69 | 63 | 74 | 65 | 72 |
| Versorgungssicherheit bei Strom verbessern | 25 | 27 | 24 | 24 | 24 |
| Sonstiges | 9 | 9 | 8 | 9 | 9 |

Wie bewerten Sie aus Sicht Ihres Unternehmens folgende Aussagen?

(Skala 1-5; 1=stimme voll und ganz zu; 5=stimme überhaupt nicht zu; Angaben in Prozent)

„Die aktuelle Gestaltung der **Energiewende** führt zu Mehrkosten im Betrieb und senkt die Wettbewerbsfähigkeit meines Unternehmens.“

| Branche | Alle Branchen | Industrie | Baugewerbe | Handel | Dienstleistungen |
|---------------------------------|---------------|-----------|------------|--------|------------------|
| 1 – „stimme voll und ganz zu“ | 40 | 47 | 43 | 42 | 35 |
| 2 | 24 | 26 | 25 | 23 | 24 |
| 3 | 18 | 13 | 16 | 19 | 19 |
| 4 | 9 | 7 | 7 | 9 | 11 |
| 5 – „stimme überhaupt nicht zu“ | 9 | 7 | 9 | 7 | 11 |
| Schnitt | 2,2 | 2,0 | 2,1 | 2,2 | 2,4 |

„Angesichts geopolitischer Herausforderungen und zunehmender Handelshemmnisse weltweit sollte sich die Bundesregierung zur Entlastung der Unternehmen verstärkt für **Handelsabkommen** der EU einsetzen.“

| Branche | Alle Branchen | Industrie | Baugewerbe | Handel | Dienstleistungen |
|---------------------------------|---------------|-----------|------------|--------|------------------|
| 1 – „stimme voll und ganz zu“ | 44 | 50 | 38 | 42 | 41 |
| 2 | 37 | 34 | 41 | 36 | 38 |
| 3 | 14 | 11 | 15 | 17 | 16 |
| 4 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 |
| 5 – „stimme überhaupt nicht zu“ | 2 | 2 | 3 | 2 | 2 |
| Schnitt | 1,8 | 1,7 | 1,9 | 1,9 | 1,9 |

„Eine weitere **Erhöhung von Substanzsteuern** (z.B. Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, Grundsteuer) würde meinem Unternehmen sehr schaden und möglicherweise sogar gefährden.“

| Branche | Alle Branchen | Industrie | Baugewerbe | Handel | Dienstleistungen |
|---------------------------------|---------------|-----------|------------|--------|------------------|
| 1 – „stimme voll und ganz zu“ | 42 | 44 | 51 | 50 | 38 |
| 2 | 22 | 24 | 21 | 23 | 20 |
| 3 | 16 | 17 | 15 | 14 | 18 |
| 4 | 9 | 7 | 9 | 7 | 10 |
| 5 – „stimme überhaupt nicht zu“ | 11 | 8 | 4 | 6 | 14 |
| Schnitt | 2,2 | 2,1 | 2,0 | 2,0 | 2,4 |

Zur Sicherung von Wohlstand und Wachstum und für die Transformation der Wirtschaft sind in den nächsten Jahren **zusätzliche öffentliche Investitionen in großem Umfang** notwendig:

„Die Finanzierung sollte vornehmlich über Einsparungen an anderer Stelle in den öffentlichen Haushalten vorgenommen werden.“

| Branche | Alle Branchen | Industrie | Baugewerbe | Handel | Dienstleistungen |
|---------------------------------|---------------|-----------|------------|--------|------------------|
| 1 – „stimme voll und ganz zu“ | 37 | 39 | 38 | 38 | 36 |
| 2 | 30 | 33 | 27 | 32 | 28 |
| 3 | 18 | 16 | 21 | 19 | 18 |
| 4 | 9 | 8 | 10 | 7 | 10 |
| 5 – „stimme überhaupt nicht zu“ | 6 | 4 | 4 | 4 | 8 |
| Schnitt | 2,2 | 2,1 | 2,2 | 2,1 | 2,2 |

„Zur Finanzierung sollte der Kreditspielraum der öffentlichen Haushalte erheblich erweitert werden.“

| Branche | Alle Branchen | Industrie | Baugewerbe | Handel | Dienstleistungen |
|---------------------------------|---------------|-----------|------------|--------|------------------|
| 1 – „stimme voll und ganz zu“ | 14 | 11 | 13 | 11 | 16 |
| 2 | 23 | 24 | 26 | 19 | 24 |
| 3 | 22 | 20 | 24 | 26 | 22 |
| 4 | 19 | 22 | 16 | 21 | 17 |
| 5 – „stimme überhaupt nicht zu“ | 22 | 23 | 21 | 23 | 21 |
| Schnitt | 3,1 | 3,2 | 3,0 | 3,3 | 3,1 |

Fragebogen

1. **Aus Sicht Ihres Unternehmens: Wie hat sich die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland in folgenden Bereichen im Vergleich zum Herbst des Coronajahres 2021 verändert (Antworten in alphabetischer Reihenfolge)?**
(Auf einer Skala von 1 bis 5: 1 = Wettbewerbsfähigkeit hat sich sehr verbessert bis 5 = Wettbewerbsfähigkeit hat sich sehr verschlechtert; keine Angabe)
 - Arbeitskosten
 - Arbeits- und Fachkräfteangebot
 - Bürokratie und Auflagen
 - Digitale Infrastruktur (z.B. Breitband und Mobilfunk)
 - Forschung und Innovation
 - Gründungsfreundlichkeit
 - Kosten für Gasversorgung, inkl. Abgaben und Umlagen
 - Kosten für Strom, inkl. Abgaben und Umlagen
 - Qualität der Verwaltung
 - Unternehmensbesteuerung
 - Verkehrsinfrastruktur
 - Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik
 - Verfügbarkeit von Gewerbeflächen

2. **Was sollte die neu gewählte Bundesregierung aus Sicht Ihres Unternehmens vornehmlich anpacken? (Mehrfachantworten möglich; Antworten in alphabetischer Reihenfolge)**
 - Ausbau der Erneuerbaren Energien inkl. Netzausbau vorantreiben
 - Bürokratie abbauen
 - Digitale Infrastruktur verbessern
 - Flexibilität am Arbeitsmarkt erhöhen
 - Innovations- und Gründungsstandort stärken
 - Internationalen Handel stärken
 - Klimapolitik investitionssicher und wettbewerbsfähig gestalten
 - Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen
 - Sozialabgaben begrenzen
 - Staatliche Belastung des Strompreises reduzieren
 - Steuerbelastung von Unternehmen reduzieren
 - Verkehrsinfrastruktur bedarfsgerecht modernisieren
 - Verwaltungsleistungen beschleunigen und digitalisieren
 - Versorgungssicherheit bei Strom verbessern
 - Sonstiges (Freitextfeld)

3. **Wie bewerten Sie aus Sicht Ihres Unternehmens folgende Aussagen?**
(Skala 1-5; 1=stimme voll und ganz zu; 5=stimme überhaupt nicht zu; keine Angabe)
 - Zur Sicherung von Wohlstand und Wachstum und für die Transformation der Wirtschaft sind in den nächsten Jahren **zusätzliche öffentliche Investitionen in großem Umfang** notwendig:
 - a. Die Finanzierung sollte vornehmlich über Einsparungen an anderer Stelle in den öffentlichen Haushalten vorgenommen werden.
 - b. Zur Finanzierung sollte der Kreditspielraum der öffentlichen Haushalte erheblich erweitert werden.
 - "Die aktuelle Gestaltung der **Energiewende** führt zu Mehrkosten im Betrieb und senkt die Wettbewerbsfähigkeit meines Unternehmens."
 - "Angesichts geopolitischer Herausforderungen und zunehmender Handelshemmnisse weltweit sollte sich die Bundesregierung zur Entlastung der Unternehmen verstärkt für **Handelsabkommen** der EU einsetzen."
 - „Eine weitere **Erhöhung von Substanzsteuern** (z.B. Erbschaftsteuer, Vermögenssteuer, Grundsteuer) würde meinem Unternehmen sehr schaden und möglicherweise sogar gefährden.“

Methodik

Unter dem Titel „Mehr Freiraum für Unternehmen“ stellt die DIHK die Auswertung der Ergebnisse einer Online-Umfrage vor, an der sich das unternehmerische Ehrenamt der IHK-Organisation beteiligt hat.

Grundlage der Auswertung sind Antworten über 4.000 Unternehmen aus den Vollversammlungen der IHKs und den Fachausschüssen der DIHK.

Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (28 Prozent), Bauwirtschaft (sechs Prozent), Handel (17 Prozent) sowie Dienstleistungen (49 Prozent).

Nach Unternehmensgrößenklasse verteilen sich die Antworten wie folgt: 29 Prozent der Unternehmen beschäftigen 1-19 Mitarbeiter, 44 Prozent 20-249, 16 Prozent 250-999 und 11 Prozent mehr als 1.000.

Darunter sind 53 Prozent der Unternehmen international aktiv. In der Industrie sind es 86 Prozent.

Die Umfrage fand vom 27. Januar bis 5. Februar 2025 statt.